

LINKE gehen selbstbewusst in Landes- und Bundestagswahlkampf

Mitglieder wählten René Kretzschmar zum Kandidaten für die Landesliste zur Landtagswahl und Elisabeth Scholz in den Stadtvorstand

Am Samstag, dem 8. November 2008, führte der Stadtverband der LINKEN in Brandenburg an der Havel seine erste Gesamtmitgliederversammlung nach der Kommunalwahl durch. Die Hauptthemen dieser Versammlung waren die Auswertung der Kommunalwahl und die Nominierung des Kandidaten des Stadtverbandes für die Landesliste zur Landtagswahl im nächsten Jahr.

Der Vorsitzende René Kretzschmar bedankte sich in seiner Rede zur Kommunalwahl bei allen Mitgliedern für die geleistete Arbeit und bei allen Wählerinnen und Wählern für das entgegengebrachte Vertrauen. Außerdem stellte er fest, „die Ergebnisse der Wahlen machen deutlich, dass DIE LINKE sich auch bei zukünftigen Wahlen vor niemandem zu verstecken braucht, auch nicht vor einem Kanzlerkandidaten.“

Der Fraktionsvorsitzende Alfredo Förster gab einen Ausblick auf die Themen die die Fraktion der LINKEN in Zukunft anpacken möchte. Dazu gehören der Beschlussantrag zum Bahnhof, der schon gemeinsam mit der SPD und der BPG eingebracht wurde, und dabei insbesondere die Diskussion um die Verlegung

der Straßenbahnhaltestelle vor das Bahnhofsgebäude. Des Weiteren will die LINKE die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Stadt Brandenburg im Auge behalten. Auch das Problem der hohen Schulabbrecherquote möchte die LINKE in Zukunft bearbeitet wissen.

Bei der Wahl für den Kandidaten zur Landesliste haben 57 von 63 anwesenden Mitgliedern René Kretzschmar ihre Stimme gegeben. Damit erhält er die Möglichkeit bei der Aufstellung der Landesliste der LINKEN, welche am 13. und 14. Dezember in Blossin stattfindet, einen aussichtsreichen Listenplatz für die Landtagswahl 2009 zu erringen.

In weiteren Wahlgängen an diesem Tag wurde unter anderem Elisabeth Scholz in den Stadtvorstand der LINKEN

gewählt.

Zum Ende der Veranstaltung stellte die Bundestagsabgeordnete der LINKEN Diana Golze klar, dass sie sich im Rahmen der Bundestagswahl 2009 auf die inhaltliche Auseinandersetzung mit den anderen Kandidaten freut und dass sie ihren Hut als Kandidatin für den Bundestag ein weiteres Mal in den Ring wirft. L. Krakau



Inhalt

- 2** Über die Kommunalwahl 2008 in Brandenburg
- 3** Mit Kindergrundsicherung der Kinderarmut den Kampf ansagen
- 4** Nach den Wahlen auch über den eigenen Tellerrand geschaut
- 5** Impression aus dem Kommunalwahlkampf
- 7** Satire
- 8** Termine

Über die Kommunalwahl 2008 in Brandenburg

Zunächst mal – herzlichen Glückwunsch! Zwar blieb eine insgeheim gedachte und gewünschte Sensation aus, nämlich noch besser zu sein als die SPD, aber das Ergebnis der Linkspartei, verglichen mit dem ziemlich kläglichen Ausgang vor fünf Jahren, ist schon recht aner kennenswert und höchst respektabel. Auch eine andere, damit zusammenhängende Zielvorgabe wurde gleichfalls erreicht. Die Meinungsführerschaft der Brandenburger CDU dürfte mit dieser Kommunalwahl, trotz unglaublicher Gegenwehr, nachhaltig beendet sein. Die Zeit, da Frau Tiemann als Oberbürgermeisterin ihre machtpolitischen Extravaganzen schamlos durchsetzen konnte, ist ab jetzt definitiv vorbei. Sie muss, wie es so schön heißt, sich rundum nach neuen Bündnispartnern umsehen, um weiter handlungsfähig zu bleiben. Natürlich ist das ihr Problem, was auch heißt: zukünftige Stadtverordnetensitzungen könnten spannend wie ein Krimi werden. Natürlich hat die CDU alle nur erdenklichen Register gezogen, um die erwartete Einbuße an Stimmen doch noch so gering wie möglich zu halten. Geld muss dabei wohl keine oder nur eine höchst untergeordnete Rolle gespielt haben. Ein neun Meter großes Wahlplakat zum Beispiel kostet zwischen 300 und 500 Euro, von denen hatte die CDU etwa 40 Exemplare und diese an verkehrsreichen Kreuzungen, Straßengabelungen, insbesondere jedoch an der Umgehungsstraße aufgestellt.

Dagegen waren es bei der Linkspartei lediglich bescheidene vier großformatige Werbeflächen, die hauptsächlich auf der Umgehungsstraße zum Einsatz kamen. Das heißt, es war letztlich eine Materialschlacht, und die CDU hat für diesen schwer erkämpften Wahlsieg einen verdammt hohen Preis bezahlt. Dass es mit der ungerechtfertigten Nominierung von Frau Tiemann noch einmal zu einem solchen Wahlsieg gereicht hat, ist nur insofern zu verstehen, wenn man bedenkt, dass sie die Stellung als amtierende Oberbürgermeisterin, hemmungslos – man könnte auch taktisch klug dazu sagen – für die CDU ausgenutzt hat. Auch die lokale Presse und der Stadtkanal dürften, teils offen, teils versteckt, dazu ihren Beitrag geleistet haben. Ganz zu schweigen von religiös eingestellten Menschen, die sich einer Stimmabgabe für die CDU kaum verweigert haben dürften.. So gesehen, ist das Ergebnis der Linken aller Ehren wert. Ob mehr Geld und mehr Großplakate auch mehr Prozente gebracht hätten, ist ungewiss. Ein anderes Manko ist das unglaubliche Desinteresse der Bevölkerung, die nicht oder nur zögerlich bereit ist, sich bei den Parteien sachkundig zu machen. Entweder

wissen sie, welche Partei sie wählen, oder sie haben generell kein Interesse zur Wahl zu gehen.

Bei der CDU wurde mit allen erdenklichen Tricks gearbeitet, um die Massen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Dazu gehörte die Kandidatur von Frau Tiemann, die wie eine etwas gealterte Diva erschien oder wie eine überirdische, gütige Fee, die jedem Menschen alle Wünsche erfüllen möchte und ansonsten kein Wässerchen trüben kann. Dazu gehört letztlich auch, dass sie und ihre teuren Werbeprofis, wie es im Militärjargon heißt, die strategische Initiative voll an sich gerissen und total ausgenutzt haben. Viele Einweihungen, Eröffnungen und sonstige Feierlichkeiten waren genau in der Vorwahlzeit platziert worden. Selbst die Gospelgesänge im Dom und das kurz vor dem Wahltag stattgefundene Oldtimer-Treffen hier in Brandenburg wurden mit Sicherheit arrangiert, zumal Frau Tiemann bei letzterem sogar noch persönlich anwesend war. Oder, im Gegenzug, wurden vorsichtshalber die Bauarbeiten für ein Haus an der Katharinen-Kirche bis zur Wahl ausgesetzt, was mit Sicherheit ebenfalls kein Zufall gewesen sein dürfte.

Die Unschuld vom Lande war allerdings auch die SPD mit ihren vielen großflächigen Werbepostern nicht. Klammheimlich hat sie viele Wochen zuvor eine Werbekampagne für eine Unterschriftensammlung zur Angleichung der Ostrente an die Westrente gestartet. Wie es heißt, sollen immerhin tausend Leute unterschrieben haben. Dass ihr das genau vor der Kommunalwahl eingefallen ist, sagt eigentlich alles. Gottlob lassen sich nicht alle Bürger für dumm verkaufen. Das – und nur dies ist die große Chance für die Linke, die sich diese Ehrlichkeit auch bei der Kommunalwahl bewahrt hat, was ein Teil der Wähler letztlich auch honorierte. Außerdem wollten wohl auch so manche Bürger der SPD und der CDU für ihre unsoziale Politik einen Denktzettel verpassen.

Sicher wäre noch mehr zu sagen, aber allgemein sollte gelten: Nach der Wahl ist bekanntlich auch wieder vor der Wahl. Und ein Ausruhen ist auch gleich gar nicht drin, denn auch im nächsten Jahr stehen wieder entscheidende Wahlen vor der Tür.

Bezüglich Bayernwahl und LINKE muss eindeutig klargestellt werden, dass sie zwar den Einzug ins Landesparlament knapp verpasst hat, aber das heißt nicht, diese Ergebnis nicht auch zu würdigen oder gar klein zu reden. Spezialisten meinen sogar, dieses Ergebnis käme einem zehnprozentigen Sieg in Nordrheinwestfalen gleich. W. Weise

Mit Kindergrundsicherung der Kinderarmut den Kampf ansagen

Die Forderung der LINKEN nach einer armutsfesten Grundsicherung für Kinder wird von zahlreichen Experten aus Sozialverbänden und Vereinen unterstützt. Dies wurde bei der öffentlichen Anhörung der Kinderkommission des Bundestages am 5.11.2008 deutlich.

So sprach sich Barbara König, Geschäftsführerin des Zukunftsforums Familie, für die Einführung einer eigenständigen Kindergrundsicherung aus. In der „Zerstückelung familienpolitischer Leistungen“ sehe sie einen Grund für die zunehmende Kinderarmut. Des Weiteren informierte sie, dass Sozial- und Familienverbände derzeit Beträge von 300 bis 450 Euro monatlich als Kindergrundsicherung für angemessen hielten.

Auch Sabina Schutter, Referentin beim Bundesverband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) plädierte für eine Kindergrundsicherung. Diese müsse aber bedarfsunabhängig ausgestaltet werden.

Prof. Ronald Lutz von der FH Erfurt fordert indes eine Kindergrundsicherung, die sich am tatsächlichen Bedarf der Kinder orientieren und die bisherigen Transferleistungen zusammenfassen müsse. Nach seiner Auffassung reiche es aber nicht aus, den betroffenen Familien mehr Geld in die Hand zu geben, sondern es müsse vor allem die aufsuchende Hilfe verbessert werden. Unumgänglich sei auch eine stärkere Vernetzung von Jugendhilfe, Kindertageseinrichtungen und Schulen, so der Professor für Sozialwesen.

Annette Berg, Jugendamtsleiterin der Stadt Monheim (NRW), stellte das Netzwerk „Mo.Ki - Monheim für Kinder“ vor. Sie berichtete, dass die Kinder- und Jugendhilfe vor Ort systematisch umgebaut worden sei - weg von der Reaktion auf Defizite hin zur Prävention als aktive Steuerung und Gestaltung. Ziel sei es, möglichst vielen Kindern eine erfolgreiche Entwick-

lungs- und Bildungskarriere zu eröffnen und diese abzusichern, so die Jugendamtsleiterin.

Marion von zur Gathen, familienpolitische Referentin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, forderte eine Änderung der Ermittlung der Höhe von

Kinderregelsätzen im Bereich von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe. Die Ableitung des Kinderregelsatzes aus dem Erwachsenenregelsatz sei nicht sachgerecht. Gerade in den Bereichen Ernährung, Bekleidung, Gesundheit und Bildung hätten Kinder andere Bedarfe als Erwachsene. Statt der gegenwärtigen Regelsätze in Höhe von 211 bis 281 Euro seien spezifische Kinderregelsätze in Höhe von 276 bis 358 Euro notwendig, so Marion von zur Gathen.

Mit Dr. Wilhelm Adamy, dem Leiter des Bereichs Arbeitsmarktpolitik beim DGB-Bundesvorstand, stimmte sie überein, dass die kürzliche Anhebung der Regelsätze anhand des aktuellen Rentenwertes nicht angemessen sei. Adamy

forderte, dass der Regelsatz auf der Basis eines Gutachtens unabhängiger Experten vom Deutschen Bundestag festgesetzt werden solle. Als einen weiteren Punkt für Chancengleichheit erachtete er die Lernmittelfreiheit für alle Kinder.

Die Ergebnisse der Anhörung belegen, dass das Engagement der LINKEN gegen Kinderarmut nicht nur bei den betroffenen Familien, sondern auch bei den Fachleuten breite Zustimmung findet. Insbesondere auch die Situation in Brandenburg fordert unverzügliches Handeln. Hier wächst inzwischen jedes vierte Kind in Armut auf. In einigen Regionen des Landes ist sogar jedes dritte Kind von Armut betroffen. In der Kinderkommission, im Parlament und vor Ort werden wir uns weiter für gerechte Chancen für alle Kinder einsetzen. D. Golze



Diana Golze ist die Kinder und Jugendpolitische Sprecherin der Bundtagsfraktion DIE LINKE

Nach den Wahlen auch über den eigenen Tellerrand geschaut

Die Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen unseres Landes Brandenburg haben gewählt und deutlich gemacht, was sie künftig von der Kommunalpolitik erwarten. Es geht ihnen um mehr direkte Demokratie, solidarisches Miteinander und soziale Verantwortung und Gerechtigkeit. Wenn auch mit unterschiedlicher Programmatik, so haben sich die demokratischen Parteien und Bündnisse dennoch dazu bekannt.

Die Linke hat überall im Land eine absolute Zunahme an Stimmen zu verzeichnen. In der Wertung im Land trennen die SPD (25,8) und die Linke (24,7) nur noch 1,1 %. Die SPD konnte das Ergebnis trotz eines großen Mitteleinsatzes und der Kandidatur von Ministern, Oberbürgermeistern und Landräten nicht deutlicher zu ihren Gunsten gestalten. Die CDU (19,8) ist die große Verliererin der Wahl. Gegenüber den Wahlen 2003 verzeichnet die Linke einen Zuwachs von 3,4 %, die SPD 2,3 % und die CDU verliert 8,0 % der Wählerstimmen. Die landesweiten Ergebnisse zeigen deutlich: wir werden in den Regionen wahrgenommen. Unser Leitbild „Für ein zukunftsfähiges und solidarisches Brandenburg der Regionen“ und unsere Wahlprogramme „Original Sozial“ wurden angenommen und bestätigt.

Aber verschließen wir nicht die Augen davor, dass die „eigentlichen Gewinner“ der Wahlen die Nichtwähler sind. Keine der zur Wahl angetretenen Parteien und Bündnisse haben es vermocht, die große Mehrheit der Wahlberechtigten an die Wahlurnen zu führen. Und wir sollten auch nicht das Wirken der freien Wählergemeinschaften unterschätzen. Sie sind inzwischen mit 21 % der Wählerstimmen im Landesdurchschnitt zu einer ernstzunehmenden Größe geworden. Solche „Ersatzstrukturen“ werden einerseits aus Protest und andererseits wegen ungenügender Parteistrukturen durch die Bürger geschaffen.

Bei den herausragenden Ergebnissen für die Linken im Land sind vor allem die kreisfreien Städte Frankfurt/Oder, Potsdam und Brandenburg an der Havel zu nennen. Mit 37,4 % und einem Zuwachs von 3,5 % erzielten die Frankfurter Linken das beste Ergebnis. In Potsdam sind wir bei einem leichten Rückgang von 2,8 %, nach wie vor mit 31,0 % die stärkste Partei. In Brandenburg a.d. Havel ist es durch einen gut organisierten und inhaltlich fundierten Wahlkampf gelungen, das magere Ergebnis von 2003 mit einem Zugewinn von 9,5 % auf nunmehr 24,4 % enorm zu verbessern.

Fast alle hauptamtlichen Bürgermeister des Landes

Brandenburg haben sich zur Wahl gestellt, wohl wissend, dass sie die Wahl nicht annehmen werden, um nicht auf ihren gut gepolsterten Bürgermeistersessel verzichten zu müssen. Bei den 4 Oberbürgermeistern der kreisfreien Städte verzichtete lediglich der Cottbuser Oberbürgermeister Szymanski auf eine Kandidatur. In Brandenburg an der Havel hatte Frau Dr. Tiemann die Nase weit vorn und holte mit ihrem Ehemann, Klaus-Peter Tiemann, 32,6 % der Wählerstimmen. Beide verzichteten auf ihr Wahlmandat und täuschten somit die Wählerinnen und Wähler. So kam es, dass der weit abgeschlagene Kandidat der CDU, Andreas Sperling, mit nur 148 Stimmen in die SVV Einzug hielt. Von den angetretenen 313 Kandidaten erhielten 121 mehr Stimmen als Sperling. Selbst im eigenen Lager liegt er mit seinem Wahlergebnis nur auf Platz 41 der 68 aufgestellten Kandidaten. - Ein außergewöhnlicher Vorgang; nicht nur für die Stadt, sondern auch landesweit.

In der Landeshauptstadt kam es zu einem regelrechten Wahldesaster. Oberbürgermeister Jann Jakobs war angetreten, Wählerstimmen für die SPD weit vor den Linken und ihrem Spitzenkandidaten Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg einzufahren. Wie weit sich jedoch Jakobs schon vom Volke entfernt hat, belegen seine 6.624 Stimmen gegenüber den 10.225 Stimmen für Scharfenberg in den Potsdamer Wohngebieten Waldstadt I und II. Scharfenberg unterlag bei der OB-Wahl 2002 Jakobs in einer Stichwahl mit nur 122 Stimmen. Oberbürgermeister Jakobs genießt längst nicht mehr das mehrheitliche Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger - so ein Fazit dieser „kleinen Oberbürgermeisterwahl“ in Potsdam.

Die Wahlergebnisse der Linken haben gute bis sehr gute Rahmenbedingungen für unsere künftige Politik geschaffen. In 11 Städten und Landkreisen gibt es rechnerisch Möglichkeiten für linke Bündnisse. Dazu zählen auch die 4 kreisfreien Städte Brandenburgs, also auch Brandenburg an der Havel. Aber ohne konkrete Forderungen unsererseits kann es keine Zusammenarbeit oder Bündnisse geben. Wir sollten uns auch davor hüten, überschwengliche und voreilige Schlussfolgerungen für die Landtags- und Bundestagswahlen im kommenden Jahr zu ziehen. Dafür ist die Zeit noch nicht reif.

Bernd Müller

Mitarbeiter des MdL W. Thiel

Impression aus dem Kommunalwahlkampf



Wahlkampföffnung mit Anbringung eines Banners an der Brücke des 20. Jahrestages



Der Wahlkampfhöhepunkt Gregor Gysi zu Gast in Brandenburg und 700 Menschen kamen bei bestem Wetter auf den Neustadt Markt.



Petra Zimmermann und René Kretschmar verteilen gemeinsam mit dem demokratischen Frauenbund Schultüten an Erstklässler



Matthias Osterburg bei einem von über 30 Infoständen die auch diesmal wieder sehr gut von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen wurden

Was wird aus unserer Straßenbahn?

Da hat doch der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg eine Studie zur „Interkulturellen Zusammenarbeit“ erarbeitet und auch unsere Stadtverwaltung hat einen Entwurf erhalten. Unser „alter“ und wieder gewählter Stadtverordneter Matthias Osterburg, wollte wissen, was darin steht, weil das die Bürger unserer Stadt betrifft und folglich auch interessiert.

Bürgermeister Scheller aber ist – bestimmt mit Zustimmung unserer Oberbürgermeisterin – absolut dagegen, weil angeblich vertrauliche Angaben darin enthalten sind. Und er konkretisierte seine Bemerkungen mit der Aussage, dass es die Straßenbahn bis 2020 bestimmt noch geben wird. Und was wird dann? Soll sie in die Schrottpresse kommen? Wird alles auf Busse umgestellt? Brandenburg ist doch traditionsbewusst, warum werden keine klaren Aussagen getroffen?

Von der Pferdebahn bis zur modernen Straßenbahn sind viele Generationen Brandenburger mit der Bahn gefahren und sie ist bei jungen und älteren Einwohnern unserer Stadt noch immer beliebt. Was soll also künftig aus unserer Straßenbahn werden? Die Zeit der Geheimniskrämerei sollte nun, bei der neuen Zusammensetzung unserer Stadtverordnetenversammlung, wohl endgültig vorbei sein. Wir wollen künftig konkrete Antworten haben!

Edith Altenkirch

Kleine Randnotiz

Es war zwar ein anstrengender Nachmittag am 21.08.08, aber einer, der viel Spass und Freude bereitete. Nun werden Sie fragen, worauf sich meine Einleitung bezieht und ich will Ihnen die Antwort nicht schuldig bleiben. Es geht um das Tischtennis – Turnier, zu dem wir von der SG Stahl und der Lebenshilfe zur Feier des 50. Geburtstages der Lebenshilfe eingeladen waren. Es fand in der Halle an der Gördenbrücke, in der auch sonst zu dieser Zeit Tischtennis gespielt wird, statt. Nach Aussage des Trainers Harry Janz, der sich wie meist um die ganze Organisation gekümmert hatte, waren auch andere Parteien und Organisationen eingeladen. Die hatten aber, außer der Linken, entweder abgesagt, aus verschiedenen Gründen (nicht genug Spieler usw.) oder waren einfach nicht erschienen. So waren die Spieler der Linken die einzige Gästemannschaft. Nicht einmal die informierte Presse war erschienen, weder MAZ, noch BRAWO, oder Preußenspiegel. Quasi als Dankeschön gab es nach dem Spiel noch etwas vom Grill, für den, der es wollte. Ich finde, solche Dinge sollten öfter machen und nicht nur zu solchen Jubiläen, haben wir doch, nachdem der Wahlkampf vorbei ist, wieder etwas mehr Zeit für solche Sachen.

Ralf Nethe

Frühe Äußerung zur Finanzkrise

Wenn die Börsenkurse fallen,
regt sich Kummer fast bei allen,
aber manche blühen auf:
Ihr Rezept heißt Leerverkauf.

Triff't's hingegen große Banken,
kommt die ganze Welt ins Wanken –
auch die Spekulantenbrut
zittert jetzt um Hab und Gut!

Und wenn Kurse wieder steigen,
fängt von vorne an der Reigen –
ist halt Umverteilung pur,
stets in eine Richtung nur.

Keck verhöhern diese Knaben
Dinge, die sie gar nicht haben,
treten selbst den Absturz los,
den sie brauchen – echt famos!

Soll man das System gefährden?
Da muss eingeschritten werden:
Der Gewinn, der bleibt privat,
die Verluste kauft der Staat.

Aber sollten sich die Massen
das mal nimmer bieten lassen,
ist der Ausweg längst bedacht:
Dann wird bisschen Krieg gemacht.

Leichter noch bei solchen Taten
tun sie sich mit Derivaten:
Wenn Papier den Wert frisirt,
wird die Wirkung potenziert.

Dazu braucht der Staat Kredite,
und das bringt erneut Profite,
hat man doch in jenem Land
die Regierung in der Hand.

Kurt Tucholsky, 1930, veröffentlicht
in "DieWeltbühne" Hymnus auf die
Bankiers

Wenn in Folge Banken krachen,
haben Sparer nichts zu lachen,
und die Hypothek aufs Haus
heißt, Bewohner müssen raus.

Für die Zechen dieser Frechen
hat der Kleine Mann zu blechen
und – das ist das Feine ja –
nicht nur in Amerika!

Satire

dung+Die letzte Meldung+Die letzte Meldung++Die letzte Meldung++Die

Bedarfsgemeinschaften

Berlin: Im Zuge der Finanzmarktkrise hat die Bundesregierung kurzfristig das Hartz IV-Gesetz geändert. Danach haben alle betroffenen Banken ab sofort Anspruch auf unbegrenzte Leistungen ohne ALG-Antrag.

Wie Bundeskanzlerin Merkel auf einer Pressekonferenz heute bekannt gab, können sogenannte Bedarfsgemeinschaften bei der Fusion von insolventen Banken gebildet werden und dadurch Hilfe in besonderen Lebenslagen sowie Kleidergeld für die Bankenvorstände anfordern.

Dabei ist es nicht entscheidend, ob Hypothekenbanken und Landeszentralbanken zusammen in einem Bett schlafen oder sich eine Zahnbürste teilen, sondern nur wie sie das Geld Ihrer Kunden an den Geldbörsen verspielt haben.

Banken, so die Bundeskanzlerin weiter, gehören nach einer aktuellen Armutsstudie inzwischen zu den Ärmsten der Armen. Es ist für Deutschland daher vor allem eine moralische Frage, ihnen großzügig unter die Arme zu greifen.

Als oberster Fallmanager für betroffene arme Banken wurde der Vorstand der Deutschen Bank, Josef Ackermann eingesetzt.. Dieser prüft künftig sachlich und rechnerisch, wie tief der Fall einer Bank ist und welche Mittel für den Fall eingesetzt werden.

Die Bundesregierung bittet an dieser Stelle alle restlichen ALG-Empfänger in Deutschland um Verständnis, daß sie bis zur Behebung der Bankenkrise und Weiteres auf ALG-Leistungen verzichten müssen.

dung+Die letzte Meldung+Die letzte Meldung++Die letzte Meldung++Die



Termine

Datum	Veranstaltung	ORT	Uhrzeit
13.11.08	AG - Senioren	Geschäftsstelle	15.00 Uhr
16.11.08	Kranzniederlegung zum Volkstrauertag	Kriegsgräberstätte am Marienberg	11.15 Uhr
17.11.08	Versammlung der BO Görden 1	Begegnungsstätte der Volkssolidarität in der Schumannstraße	15.00 Uhr
18.11.08	AG-Soziales	Geschäftsstelle	18.00 Uhr
19.11.08	Frühstück für Jederman	Geschäftsstelle	9.30 Uhr
19.11.08	Versammlung der BO-INN	Café Undine, Altstädtischer Markt 8	19.00 Uhr
24.11.08	Fraktionssitzung	Geschäftsstelle	18.00 Uhr
25.11.08	AG-Stadtentwicklung	Geschäftsstelle	18.00 Uhr
26.11.08	Stadtverordnetenversammlung	Rolandsaal Altstä. Rathaus	16.00 Uhr
27.11.08	Rosa-Luxemburg-Stiftung lädt ein zum Thema: DIE LINKE. Die neue Partei - Was muss sie, was kann sie, was will sie?	Fontane-Klub, Ritterstr. 69	17.00 Uhr
29.11.08	Neumitgliedertreffen	Geschäftsstelle	10.00 Uhr
1.12.08	Fraktionssitzung	Geschäftsstelle	18.00 Uhr
9.12.08	Bo-Vorsitzendenberatung	Geschäftsstelle	17.00 Uhr

Öffnungszeiten

Montag	9-17 Uhr
Dienstag	9-17 Uhr
Mittwoch	9-13 Uhr
Donnerstag	9-17 Uhr

Geschäftsstelle DIE LINKE
 Altstädtischer Markt 2
 14770 Brandenburg an der Havel
 Tel.: 0 33 81 - 22 47 33
 Fax: 0 33 81 - 22 99 61
 Internet: www.dielinke-stadt-brb.de
 E-Mail: info@dielinke-stadt-brb.de

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE. Brandenburg an der Havel
 V.i.s.d.P.: René Kretzschmar

Anschrift: Altstädtischer Markt 2,
 14770 Brandenburg an der Havel

E-Mail: redaktion@dielinke-stadt-brb.de

Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nächster Redaktionsschluss: 30. November 2008